

Antrag

der Abgeordneten Christa Reichard (Dresden), Dr. Christian Ruck, Arnold Vaatz, Dr. Ralf Brauksiepe, Hartwig Fischer (Göttingen), Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Rudolf Kraus, Dr. Conny Mayer (Freiburg), Sibylle Pfeiffer, Peter Weiß (Emmendingen), Rainer Eppelmann, Norbert Geis, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke und der Fraktion der CDU/CSU

Trinkwassermanagement in Entwicklungs- und Schwellenländern durch die verstärkte Einbeziehung der Privatwirtschaft verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Schon heute gefährden knapp werdende Trinkwasserressourcen die Zukunftschancen vieler Menschen auf der Welt. Mit weltweit steigenden Bevölkerungszahlen wird sich die Situation noch weiter verschärfen. Eine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser ist nicht nur die Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung, sondern stellt auch in zunehmendem Maße eine sicherheitspolitische Herausforderung dar. Die zu erwartende Gefährdung der Wasserversorgung läßt eine Destabilisierung der betroffenen Regionen und großräumige Bevölkerungswanderungen erwarten. Besonders betroffen sind der Mittlere Osten, Nordafrika und in zunehmendem Maße auch Afrika südlich der Sahara. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser stellt auch die ordnungsgemäße Entsorgung von Abwasser eine große Herausforderung dar. In vielen Entwicklungsländern versickern bis zu 90 Prozent der Abwässer ungeklärt oder werden in Flüsse abgeleitet mit katastrophalen ökologischen und sozialen Folgen. Verschmutztes Trinkwasser und mangelhafte Abwasserentsorgung sind die häufigste Ursache für Krankheiten in Entwicklungsländern. Täglich sterben bis zu 6 000 Kinder an Krankheiten, die durch unsauberes Wasser übertragen werden. Wassernotstand ist vor allem ein Problem der Armen, die in ländlichen Regionen oder in den Slums der Großstädte leben. Die Erfahrung zeigt, dass die Wasserkrise im Wesentlichen eine Krise des Wassermanagements ist, verursacht durch eine unsachgemäße oder suboptimale Bewirtschaftung der vorhandenen Wasserressourcen.

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Millennium-Entwicklungsziele wird deutlich, dass die bisherigen Fortschritte im Wassersektor nicht ausreichen, um die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Derzeit haben über 1,1 Milliarden Menschen keine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser und 2,6 Milliarden leben ohne eine sanitäre Basisversorgung. Am 22. März 2005 haben die Vereinten Nationen (VN) die Dekade „Wasser für das Leben“ ausgerufen. Damit unterstreichen die Vereinten Nationen den dringenden Handlungsbedarf. Die Welt steuert nach Einschätzung der Vereinten Nationen auf eine dramatische Wasserkrise zu, die zu einer ernststen Bedrohung für das Überleben vieler Bevölkerungsgruppen werden kann. Bis

Mitte 2050 wird voraussichtlich ein Viertel der Weltbevölkerung mit chronischem oder periodisch auftretendem Wassermangel leben. Die globale Gemeinschaft ist daher gefordert, der drohenden Wasserknappheit in vielen Regionen verstärkt zu begegnen.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat auf diesem Sektor große Erfolge zu verzeichnen. Deutschland gilt weltweit als einer der größten Geber in diesem Bereich und genießt international den Ruf als kompetenter Partner. Auch wenn andere bilaterale Geber und multilaterale Organisationen dem Sektor größte Priorität einräumen, so werden die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen, den wachsenden Problemen Herr zu werden. Fest steht, dass nur durch die Einbeziehung des Privatsektors der Bedarf an Infrastrukturinvestitionen gedeckt werden kann. Dem Privatsektor kommt daher eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele im Wasserbereich zu, sei es im Rahmen von Public-Private-Partnership-Projekten oder durch rein privatwirtschaftliche Investitionsmaßnahmen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die deutschen bilateralen Anstrengungen zur Verbesserung der Wasserbewirtschaftung in Entwicklungs- und Schwellenländern weiter zu intensivieren;
- die deutsche Hilfe im Wassersektor verstärkt auf arme Bevölkerungsgruppen auszurichten und dabei auf eine ausgewogene Unterstützung des ländlichen Raums und der städtischen Ballungszentren zu achten;
- Modelle zur sozial verträglichen Privatisierung des Wassersektors in Entwicklungs- und Schwellenländern, wo strategisch geboten, durch die deutsche Entwicklungspolitik zu unterstützen;
- andere bilaterale Geber zu ermuntern, ihre Anstrengungen im Wassersektor weiter zu intensivieren;
- die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken zu ermutigen, ihre Aktivitäten im Bereich Wassermanagement zu verstärken;
- sich auf internationaler Ebene für den effizienten und koordinierten Einsatz der vorhandenen Mittel und die Steigerung von Synergien durch eine Kooperation mit anderen Partnern einzusetzen;
- im politischen Dialog mit Vertretern aus Entwicklungsländern die Eigenverantwortung zum nachhaltigen Management der Wasserressourcen zu thematisieren;
- durch Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (PPP) zusätzliches privates Kapital für Wasserinfrastrukturmaßnahmen in unseren Partnerländern zu mobilisieren;
- die Technologie und das Know-how der deutschen Wasserwirtschaft verstärkt in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen;
- deutsche Wasserversorger auf ihre Verantwortung zur Bewältigung der weltweiten Wasserkrise hinzuweisen und deren Engagement bei Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern politisch zu flankieren.

Berlin, den 10. Mai 2005

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion